

Ähnliche Bemühungen waren in Leipzig und Berlin zu verzeichnen.

Vier Mitglieder der 1976 zerschlagenen Gruppe aus Bischofs-
werda wurden im Berichtszeitraum aktiv und begingen allein
bzw. in Abstimmung mit anderen ehemaligen Gruppenmitgliedern
strafbare Handlungen mit dem Ziel der Erzwingung ihrer
Ausreisegenehmigung.

Zu weiteren Zusammenschlüssen kam es durch 6 Personen, die
rechtswidrig um Übersiedlung in die BRD bzw. nach Westberlin
ersucht hatten.

Sie versprachen sich von ihrem Zusammenschluß in der Regel
höhere Wirksamkeit ihres Vorgehens und den Austausch ihrer
"Erfahrungen". Dabei wurden innerhalb der Gruppierungen
Adressen feindlicher Einrichtungen ausgetauscht, gegenseitig
Verbindungswege ins kapitalistische Ausland geschaffen, die
Wirksamkeit ihres konkreten Vorgehens beraten und ihre Maß-
nahmen koordiniert. Dabei sind sie darauf bedacht, ihre
abgestimmten Aktionen als Handlungen Einzelner erscheinen
zu lassen. In diesem Zusammenhang liegen die Aussagen von
mehreren Personen vor, wonach sie in Auswertung der "Er-
fahrungen" der Verfasser der sogenannten "Riesaer Petition"
zu der Schlußfolgerung gekommen sind, zur Vermeidung eines
"harten Reagierens" der staatlichen Organe der DDR nach außen
nicht als Gruppe aufzutreten.

Ein Beschuldigter hatte darüber hinaus eine feindlich-negative
Gruppierung Jugendlicher um sich gesammelt und an seinem
Beispiel versucht, der DDR die Nichteinhaltung der Menschen-
und Bürgerrechte zu unterstellen.